

Wir wollen keine MILLIONEN, ...



Foto: Georg Hochmuth / APA / picturedesk.com

... wir wollen ESSEN, HEIZEN und WOHNEN!

Unter diesem Motto fand am 7. März 2022 am Ballhausplatz eine Protestkundgebung des Pensionistenverbandes Österreich statt, auch Vertreter*innen der

younion
HAUPTGRUPPE VII
PensionistInnen

haben sich diesem Protest solidarisch angeschlossen.

Wir fordern aufgrund der weiter steigenden Preise und Steuern bei den lebensnotwendigen Grundbedürfnissen, die bei den **17,5 % der armuts- und ausgrenzungsgefährdeten** Bevölkerungsgruppen (Quelle: April 2021, Die Armutskonferenz) zu existenzzerstörenden Situationen führen, **eine vorgezogene Pensionserhöhung**, da auch die derzeitige Inflation von 6 % abgefördert werden muss, um zumindest die grassierende **(Frauen-)Altersarmut** zu bekämpfen.

Wir wollen als Pensionist*innenvertreter den Status einer **Sozialpartnerin**,

das schafft die Basis für Verhandlungen und würde zukünftig jede Willkür einer Bundesregierung ausschalten.

Abschließend: Wir Pensionist*innen haben in vielen Jahrzehnten einen Sozial-, Arbeits- und Wirtschaftsstandort geschaffen, der uns zu einem der reichsten Länder gemacht hat. Es geht nicht um politische Geschenke, es geht nicht um Bevorzugung von Pensionist*innen, es geht nicht um das Ausspielen von „Jung“ gegen „Alt“, es geht um:

**Koste es, was es wolle:
(Alters-)Armut bekämpfen.**



Eduard Aschenbrenner,
Vorsitzender der younion-Pensionist*innen

Foto: Robert Rubok



Sabine Vogler
Amnesty-Netzwerk
Arbeit, Wirtschaft und
soziale Rechte

AMNESTY
INTERNATIONAL

WM in Katar

Freiheit für Abdullah Ibhais!

Abdullah Ibhais arbeitete als Mediendirektor bei der Behörde, die für die Planung und Organisation der FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2022 in Katar zuständig ist.

Im August 2019 traf er streikende Arbeitsmigrant*innen, die ihren seit Monaten ausstehenden Lohn einforderten. Abdullah Ibhais zeigte sich von den Arbeits- und Wohnbedingungen entsetzt und berichtete seiner Behörde darüber, um Veränderung zu erreichen.

Im November 2019 wurde er verhaftet und zu einem „Geständnis“ gezwungen, weil man seiner Familie Gewalt androhte. Auf Basis dessen wurde er wegen Missbrauchs öffentlicher Gelder zu fünf Jahren verurteilt. Im Berufungsverfahren im Dezember 2021 verringerte das Gericht die Haftstrafe auf drei Jahre. Er wird zurzeit im Zentralgefängnis in Doha festgehalten.

Amnesty International fordert die Aufhebung des Urteils und die unverzügliche und bedingungslose Freilassung Abdullah Ibhais. Mehr Informationen und die Aktion dazu finden Sie unter:

<http://gewerkschafterInnen.amnesty.at>